

Rote Spritze

Information des Branchenaktives Gesundheitswesen der DKP

11|2019

Sparen, sparen und kein Ende! Doch wer zahlt die Zeche?

Betrag das (durch die Stadt auszugleichende) „Defizit“ des Stuttgarter Klinikums 2015 noch 27,6 Mio. €, waren es 2016 noch 23,7 Mio., im Jahr 2017 noch 18,9 Mio. und 2018 noch 15 Mio. 2021 soll es auf Null geschrumpft sein. (So steht es in dem 4-seitigen Kommunalanstaatsvertrag, den letzten Herbst die Stadt, das Klinikum, der Personalrat, Marburger Bund und ver.di miteinander geschlossen haben.)

Sparen für wen und was? ...

Die Einsparungen werden der Öffentlichkeit als positiv verkauft, als ob es unanständig wäre, wenn die Gesundheitsversorgung staatlich bezuschusst wird. Dabei zahlen wir doch eigentlich gerade dafür Steuern, dass für die öffentliche Daseinsvorsorge die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Unanständig ist in Wahrheit wenn die Steuergelder missbraucht werden, um Banken zu retten, Konzerne zu sponsern, ein neues Wettrüsten zu finanzieren usw.

Sparen zu Lasten der Bevölkerung, zugunsten der Befriedigung nimmersatter Profiterwartungen, das betreiben Bund, Land und die Stadt gleichermaßen und das hat System. Das System heißt Kapitalismus.

also letztes Jahr mindestens 7 Millionen (2019 werden es womöglich über 10 Millionen sein). Bezahlt wird das durch exzessive Überlastung. Diese betrifft fast alle – Ärzte, Pflegekräfte, technische Dienste (z.B. die Steri), bis hin zu den Putzdiensten. Viele von uns werden krank. Viele kündigen und „fliehen aus dem Beruf“, was die Lage weiter verschärft. Die Katze beißt sich in den Schwanz. Alljährlich dokumentieren ca. 1000 Gefährdungsanzeigen, dass Patienten gefährdet waren oder Arbeitsschutzrechte nicht eingehalten werden konnten (meistens beides). Den Löwenanteil der bejubelten Einsparungen bezahlen also die Beschäftigten mit immer unerträglicher werdender Hektik und die Patienten mit entsprechender Unterversorgung.



Werbeplakat des Klinikums

... und auf wessen Kosten?

Gemessen an 2015 hat das Klinikum der Stadt letztes Jahr mehr als 12,5 Millionen gespart! Aber auf wessen Kosten? Über das ganze Jahr 2018 waren ca. 100 Stellen nicht besetzt (inzwischen sind es um die 150!). Auch wenn davon in unseren „Lohntüten“ wenig ankommt, werden für eine Pflegestelle pro Jahr 70 000 Euro veranschlagt. Die Einsparung durch offene Stellen betrug

Wohlfühl-Betriebsklima?

Da fühlen sich Viele verhöhnt, wenn uns der Vorstand der Kommunal-Anstalt im Intranet „für unser nachhaltiges Engagement“ dankt, „ohne das diese Leistungssteigerung und die Verbesserung des Jahresergebnisses nicht möglich gewesen wäre“. Oder wenn sie auf Plakatwänden das Betriebsklima schönreden. In Wahrheit wird das Betriebsklima leider tendenziell schlechter, nehmen Ellenbogen-Verhalten zu und Zusammenhalt ab. Überlastung sucht das „Ventil“ des Abwälzens auf Andere.

Keine BewerberInnen – Warum?

Inzwischen hat sogar der Vorstand der Kommunal-Anstalt verstanden, dass mehr Einstellungen erfolgen müssen, aber sie sagen, dass sie keine BewerberInnen finden. Warum das so ist, sagen sie nicht. Jahrzehntelang wurde vor allem der

Pflegeberuf systematisch unattraktiv gemacht. Das fängt an bei der mickrigen Bezahlung und setzt sich fort über die Diskriminierung anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegenüber (in Pausenregelungen) und über ständige unkalkulierbare Dienstplan-Änderungen. Wer daran nichts ändert, sorgt dafür, dass sich „die Katze weiterhin in den Schwanz beißt“.

Keine Beschäftigten zweiter Klasse

Seit 2019 sind die Beschäftigten des Klinikums keine städtischen Beschäftigten mehr. Letztes Jahr beschloss der Gemeinderat, das städtische Klinikum zum 1.1.2019 in eine gemeinnützige Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts umzuwandeln. Nur die SPD und SÖS/Linke stimmten dagegen. Ansonsten war es eine ganz große Koalition – und auch der Personalrat des Klinikums und Ver.di stimmten zu. Die Rote Spritze berichtete mehrmals und ausführlich.

Der Anstalt erster Schatten

Im Rahmen der Haushaltsberatungen der Stadt Stuttgart wird derzeit eine 200-Euro-Ballungsraum-Zulage diskutiert, und auch Ver.di hat entsprechende Gespräche darüber aufgenommen. Da geht es aber um

die städtischen Beschäftigten. Und städtische Beschäftigte sind die Kolleginnen und Kollegen des Klinikums bekanntlich nicht mehr. Der erste gewaltige Nachteil durch den Rechtsformwechsel könnte sich also schon bald zeigen, falls es tatsächlich gelingt, für die städtischen Beschäftigten eine Zulage zu bekommen, die Klinikumsbeschäftigten aber außen vor blieben. Bleibt zu hoffen, dass Personalrat und Ver.di versuchen, so eine Zulage auch für die MitarbeiterInnen des Klinikums zu bekommen. Viel mehr als darum zu bitten, wird aber schwierig, denn schließlich ging es bei der Anstalt genau darum, dass die MitarbeiterInnen des Klinikums keine städtischen Beschäftigten mehr sind.

Städtische Beschäftigte sind die Kolleginnen und Kollegen des Klinikums bekanntlich nicht mehr.



Arbeitgeber nehmen Zusagen zurück

Ungeheuerlich: **In der Tarifrunde 2018** sagten die VKA (Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände) zu, den Zeitzuschlag für Samstagsarbeit auf 20% zu erhöhen und die Pausen bei Wechselschicht in die Arbeitszeit einzurechnen, was eine Arbeitszeitverkürzung von 2,5 Stunden pro Woche bedeuten würde. Voraussetzung sei nur, dass das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz in Kraft trete und dies finanziere. Das Gesetz gilt seit Januar 2019. Im Juni 2019 sagte die VKA zu, den Samstagszuschlag auf 20% zu erhöhen und wollte wegen der einzurechnenden Pausen noch „letzte Unsicherheiten“ bezüglich der Refinanzierung ausräumen. Auch die Rote Spritze berichtete im Juli 2019 darüber.

Im September 2019 wollte die Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber von allem nichts mehr wissen.

Im September 2019 wollte die VKA von allem nichts mehr wissen. Auch den Samstagszuschlag gebe es nur bei einer Gesamteinigung, bei der die Einrechnung der Pausen aber ausgeschlossen sei. So sehen keine verlässlichen Verhandlungen aus. Die VKA führt die Gewerkschaft an der Nase herum. Der nächste Verhandlungstermin ist am 09. Dezember. Es gibt aus unserer Sicht keine Alternative dazu, die Ungleichbehandlung der Krankenhaus-Beschäftigten gegenüber anderen kommunalen Beschäftigten, die seit Gültigkeit des TVöD 2005 besteht, endlich zu beenden. Ver.di sollte dies unmissverständlich klar machen.

Das Branchenaktiv Gesundheitswesen trifft sich immer am letzten Dienstag des Monats um 19 Uhr im Linken Zentrum Lilo Hermann. (Böblinger Str. 105, Eingang Taubenstraße, bei DKP klingeln.) Interessierte sind herzlich eingeladen.

Reinigungs- und Küchenkräfte endlich in EG 2

Die Mehrheit der StadträtInnen im Gemeinderat beschloss, dass ab Oktober mindestens EG 2 bezahlt wird. Viele KollegInnen können sich also freuen, sie werden künftig nicht mehr nach EG 1, sondern nach EG 2 bezahlt. Allerdings gibt es dabei einen Haken. Der Tarifvertrag sieht, anders als bei allen anderen Beschäftigten, nicht den stufengleichen Aufstieg aus der EG 1 vor. Das heißt, dass KollegInnen, die bislang in EG 1 Stufe 6 eingruppiert waren (also schon sehr lange im Betrieb sind), künftig in EG 2, Stufe 2 eingruppiert werden. Bei 100% Arbeit sind das somit „nur“ ca. 200 Euro brutto mehr. Würden sie stufengleich höhergruppiert wären es über 600 Euro mehr. Der Monatsverdienst bewegt sich bei 100% Tätigkeit also zwischen ca. 2300 und 2700 Euro brutto. Die Vorstände der Anstalt, Herr Jürgensen und Herr Hewer, verdienen im Jahr laut Stuttgarter Zeitung jeweils deutlich über 300000 Euro, grob gesagt das Zehnfache – anders ausgedrückt: In zwei Arbeitstagen verdient jeder von ihnen soviel wie eine Reinigungskraft im Monat. So isch's halt!

Wahnsinn in der Psychiatrie

Während die Missstände und die Arbeitsbelastung in der Psychiatrie bekannt sind und zuletzt die geschlossenen Stationen dies in einem Schreiben an Zentrumsleitung und Personalrat eindrücklich kundtaten, verabschiedete der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) Mitte September 2019 die neue Richtlinie zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik. Das besondere daran: Diese Richtlinie ist bislang – Stand 17. Oktober - nicht einmal veröffentlicht.

So gibt es nur Anhaltspunkte, wie diese Richtlinie aussieht: Statt Psych-PV mit konsistenter Personalbemessung soll es nur noch Mindeststandards, also Personaluntergrenzen geben. Diese liegen teilweise niedriger



Begleitaktion zur Tarifbewegung

als bei der Psych-PV; keine Regelungen zu Nachtdiensten bzw. Vermeidung von Alleinarbeit; keine Regelung zu zusätzlichem Personal für die 1:1-Betreuung So fasst ver.di zusammen: „Statt den dringend nötigen Personalaufwuchs festzuschreiben, sieht die Richtlinie eine jahrelange Absenkung gegenüber der Psych-PV vor. Diese soll erst 2024 wieder voll erreicht werden.“

Nach Warnstreiks in Freiburg, Tübingen, Ulm und Heidelberg: seit dem 5. November-Tarifabschluss für die Uni-Kliniken.

Insgesamt 7,1% mehr kriegen die nicht-ärztlichen Beschäftigten wie Pfleger, Laboranten und Verwaltungsgestellte. Das verkünden ver.di und der AGU (Arbeitgeberverband der baden-württembergischen Uniklinika) am 6. November. Ganz so üppig sieht es allerdings nicht mehr aus, wenn man berücksichtigt, dass es rückwirkend zum 1. November eben nicht 7,1% sind, sondern 4,1% und erst 15 Monate später (zum 1. Februar 2021) nochmal 3%. Und das Ganze mit einer Laufzeit von 28 Monaten.

4,1% gleich und nochmal 3% später

Man könnte auch sagen: Bei normalen einjährigen Laufzeiten wären es 4,1%, gefolgt von 4 Monaten ohne Erhöhung. Und dann (vorweggenommen) das Tarifergebnis 2021 mit 3%. Das gilt dann nochmals 13 Monate lang bis 1. März 2022, wobei noch niemand sagen

kann, wie sich bis dahin die Inflation entwickelt. Bei dieser Betrachtungsweise relativiert sich, wenn der AGU von einem „Kraftakt angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation“ spricht, und die ver.di meint, das sei ein „gutes Ergebnis, das die Kliniken im Ringen um Fachkräfte stärke, die in allen Bereichen fehlen“. In Richtung mehr Fachkräfte gewinnen könnte eher wirksam werden, dass die Gehälter von Pflegekräften (aber nicht die der sonstigen „nicht-ärztlichen Beschäftigten“) zusätzlich um 200.- Euro angehoben werden. Überlastung bei der Arbeit und Teuerungsrate sind aber für alle gleich! Warum diese spaltende Ungleichbehandlung? Auszubildende bekommen insgesamt 130.- Euro mehr, plus eine einmalige Prämie von 450.- Euro zum Berufsstart. Für die Ärzte an den Unikliniken gilt der Tarifvertrag nicht.

Kapitalismus macht krank

In allen sozialistischen Staaten waren Bildung und Gesundheit der Einwohner staatliche Aufgaben mit höchster Priorität. Das war ein prinzipieller Bruch nach der vorherigen Vernachlässigung und Zerstörung durch Kolonialismus, Krieg und Ausaugen menschlicher Arbeitskraft für Kapitalrendite. Unter kapitalistischen Vorzeichen dagegen, sind Krankenhaus- und Abteilungsschließungen, Privatisierungen und massive Leistungskürzungen gang und gäbe.

Ein Gesundheitspolitisches Programm der DKP ist in Arbeit

Angesichts dieser immer weitergehenden Verschlechterungen, aber auch angesichts zunehmender Gegenwehr in unserem Gesundheitswesen, entwickelt die DKP derzeit ein neues Gesundheitsprogramm, in Zusammenarbeit mit vielen Betroffenen.

Angefangen mit unseren Positionen zur Krankenhauspolitik machen wir die Zusammenhänge zwischen der Macht der gesundheitswirtschaftlichen Konzerne (wie Pharma-, Medizingeräteindustrie und Krankenhauskonzernen) und den permanenten Verschlechterungen bewusst.

Ebenso die Verquickung der staatlichen Gesundheitspolitik mit diesen Konzerninteressen.

Wir wollen klarstellen, wie die Scheuklappen der Profitmaximierung medizinische Forschung und menschenwürdige Krankenversorgung behindern.

Das Gesundheitssystem vom Profitstreben befreien

Gewinne auf Kosten der Kranken erwirtschaften – das muss wieder verboten und die gesetzlichen Grundlagen müssen entsprechend geändert werden. Krankenkassengelder gehören nicht auf die Konten von Aktionären und Beteiligungen.

Alle Bereiche der Gesundheitsversorgung gehören gut finanziert, ohne Budgetdeckelungen und Fallpauschalen (DRGs) – z.B. auf Kosten der Rüstungsausgaben.

Schluss mit der Privatisierung von Krankenhäusern. Alle Kliniken gehören als Einrichtungen der Daseinsvorsorge vergesellschaftet – in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle.

Ohne Kämpfe der Belegschaften, auch in den Krankenhäusern, wird ein entscheidender Fortschritt nicht möglich sein. Deshalb geht es uns auch darum, die Erfahrungen der Auseinandersetzungen z.B. um mehr Personal festzuhalten und weiter zu verbreiten.

Z.B. mit dem Gesundheitswesen in der DDR und in Kuba verfügen wir über einen riesigen Erfahrungsschatz, wie die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung im Interesse der Patienten gut gelingen kann. Nämlich durch ein leicht erreichbares, gut vernetztes und mehrstufiges Krankenhaussystem in öffentlicher Trägerschaft.

In der DDR/Cuba gab/gibt es auch sinnvolle und konsequente Prophylaxe, durch die viele Erkrankungen vermieden werden konnten/können, auch in der Arbeitswelt.

Weitere Ausgaben der Roten Sprite sowie Informationen zur DKP unter: www.dkp-stuttgart.org

Kam endlich eine Zeit,

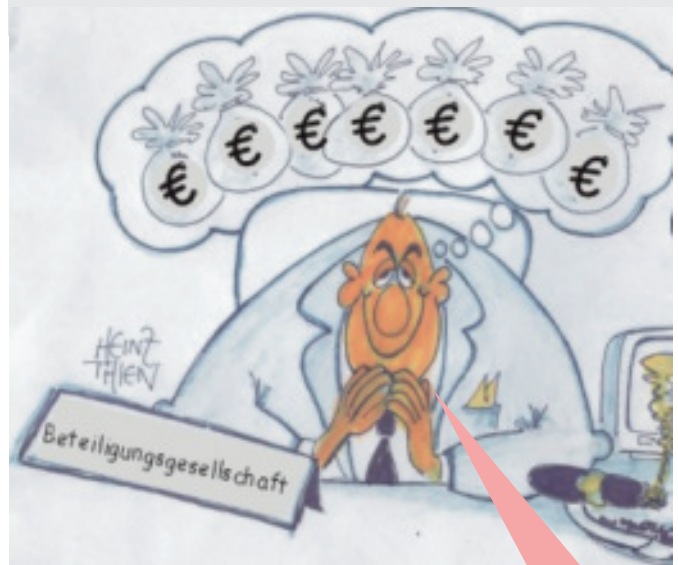
wo alles was die Menschen bisher als unveräußerlich betrachtet hatten, Gegenstand des Austausch, des Schachers, veräußert wurde.

Es ist dies die Zeit, wo selbst Dinge, die bis dahin mitgeteilt wurden, aber nie ausgetauscht, gegeben aber nie verkauft, erworben, aber nie gekauft: Tugend, Liebe, Überzeugung, Wissen, Gewissen usw., wo mit einem Wort alles Sache des Handels wurde.

Es ist dies die Zeit der allgemeinen Korruption, der universellen Käuflichkeit oder, um die ökonomische Ausdrucksweise zu gebrauchen, die Zeit, in der jeder Gegenstand, ob physisch oder moralisch, als Handelswert auf den Markt gebracht wird.

(Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, MEW 4, S. 69)

... und diese Zeit ist heute ...



Die Schuldenbremse hätte von mir stammen können ... von der Kommunalanstalt zur Beteiligungsgesellschaft - tolle Idee!

Wird ja nicht drauf angerechnet ... Und dann: Egal ob Land, Wasser, Krankenhäuser oder Autobahnen - ich kaufe Euch alles ab, liebe Volksvertreter, ich nehm Euch die Arbeit ab, der Bevölkerung die Gebühren zu erhöhen und einzutreiben, wenn ich damit machen darf, was ich will. Das müsst Ihr mir nur alles in der Verfassung verankern ... Aber eins muss klar sein: Ich bin kein Sozialamt!